

CORONA TRIFFT ARME EXTRA HART UND ZERSTÖRT EXISTENZEN - SOLIDARISCH FÜR SOZIALEN ZUSAMMENHALT !

Forderungen des Sozialbündnisses Krefeld zur Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie

Die Covid19-Pandemie trifft mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen unsere gesamte Gesellschaft. Sie zeigt in gnadenloser Härte die Konstruktionsfehler unserer Wirtschaft, in der der Markt angeblich alles zum Guten regelt. Die Versäumnisse neoliberaler Politik in der öffentlichen Daseinsvorsorge werden offensichtlich. Anders als uns Politiker und Medien oft weismachen wollen, waren und sind wir nicht gut vorbereitet und auch nach einem Jahr Pandemie zeigen sich Politik und Verwaltung unfähig, die Folgen der Krise planvoll und zielführend zu bekämpfen. Sogar während der Pandemie wurden noch Krankenhäuser geschlossen.

In einer solchen Krise wäre es notwendig, als Gesellschaft zusammenzustehen. Die Folgen für die besonders Bedürftigen müssten aufgefangen werden und es müsste einen Lastenausgleich geben für diejenigen, die nicht abgesichert sind und die von den Folgen der Krise besonders betroffen sind, z.B. Menschen, die von sozialen Leistungen leben müssen, Kulturschaffende, Solo-Selbstständige, Kleinbetriebe, Beschäftigte in der Gastronomie, Menschen mit geringem Kurzarbeitergeld.

Die Realität sieht anders aus. Konzerne können Lohnkosten auf Kurzarbeitergeld auslagern und trotzdem Dividenden ausschütten. Andere Konzerne werden mit Milliardenbeträgen gestützt. Gleichzeitig zeigt sich der Staat bei den Ärmsten und den in ihrer Existenz bedrohten Menschen weitgehend unnachgiebig. Bereits im ersten Lockdown 2020 wurden für Bezieher*innen von Hartz IV und Altersgrundsicherung keinerlei zusätzliche Hilfen zur Verfügung gestellt, obwohl der zusätzliche Bedarf durch wegfallende Schulessen, geschlossene Tafeln, steigende Lebenshaltungskosten und insbesondere auch für Desinfektionsmittel und Masken offensichtlich gegeben war. Laptops für das Home-Schooling wurden versprochen, auf die die Kinder vielfach noch heute warten.

Auch der von der Koalition beschlossene Corona-Zuschuss für Hartz IV- bzw. Grundsicherungs-Bezieher*innen von einmalig 150 EUR verbessert die Situation der Armen in unserem reichen Land nicht wirklich.

Die Hilfen für Solo-Selbstständige, Kleinbetriebe und Kulturschaffende wurden zwar im Frühjahr 2020 relativ schnell und scheinbar unbürokratisch ausgezahlt, aber nach einer nachträglichen Änderung der Regeln größtenteils wieder zurückgefordert. Viele Kulturschaffende, Solo-Selbstständige und Kleinbetriebe sind nach einem Jahr Pandemie existentiell bedroht. Sie haben ein Betätigungsverbot und kaum Zugang zu staatlichen Hilfen, da die Regeln kleinteilig und bürokratisch gestaltet sind. Angeblich geschieht dies aus Furcht vor Missbrauch, obwohl der mögliche Schaden allenfalls einen Bruchteil dessen umfassen würde, der z.B. durch Cum-Ex-Geschäfte verursacht wurde.

Das Sozialbündnis Krefeld unterstützt die Unterschriftensammlung des breiten gesellschaftlichen Bündnisses von 41 Gewerkschaften und Sozialverbänden (www.campact.de/corona-nothilfen).

Das Sozialbündnis fordert von der Bundesregierung:

- Die bedarfsgerechte Anhebung der Regelsätze auf mindestens 600 Euro für alle Menschen, die auf existenzsichernde Leistungen wie etwa Hartz IV angewiesen sind.
- Für die Dauer der Krise einen pauschalen Mehrbedarfzuschlag in der Grundsicherung für Alte und Erwerbsgeminderte und Bezieher*innen von Hartz IV von 100 Euro pro Kopf und Monat zur Deckung der durch Corona entstehenden zusätzlichen Bedarfe (z.B. wegfallende Schulessen, Preissteigerungen bei Obst und Gemüse, Mehrausgaben für Hygieneartikel und Masken, Spielzeug und Bücher für Kinder im Lockdown)
- Unbürokratische, kostenlose Abgabe von FFP2-Masken an Einkommensschwache und Transferleistungsbezieher*innen für die Dauer der Pandemie sowie kostenlose Bereitstellung von Tests und Selbsttests
- Zusätzliche Hilfsmittel für von Covid-19 besonders betroffene Personengruppen wie Geflüchtete und Menschen ohne festen Wohnsitz
- Schnelle Unterstützung von Solo-Selbstständigen, Kleinbetrieben, Kulturschaffenden, Mittelständlern und allen, die keine großen Rücklagen haben und täglich um ihre Existenz bangen
- Gezielte Förderung und Unterstützung von Menschen, die aufgrund der Pandemie durch die sozialen Netze fallen
- Einführung eines Mindest-Kurzarbeitergeldes von 1200 € für Geringverdiener
- Für die Dauer der Krise ein Verbot von Zwangsräumungen und die Aussetzung von Energiesperren und Kreditrückzahlungen, um einkommensarme Menschen vor Corona-bedingtem Wohnungsverlust und Existenznot zu schützen
- Eine grundlegende Reform des Gesundheits- und Pflegesystems im Sinne einer öffentlichen Daseinsfürsorge mit ausreichenden Personal- und Sachreserven zur Bewältigung von Pandemien
- Schaffung von rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Rücknahme von Privatisierungen und zur Rekommunalisierung von Krankenhäusern. Gesundheit ist keine Ware!
- Entwicklung eines Infrastruktur-Konzepts für künftige Pandemien und Schaffung der rechtlichen und materiellen Voraussetzungen dafür
- Auskömmliche Finanzierung von Institutionen der sozialen Daseinsfürsorge, die durch die Folgen der Pandemie vor besondere Herausforderungen gestellt werden
- Mehr Differenzierung bei der Schließung / Öffnung von Geschäften, Gastronomie, Kultureinrichtungen, Sportstätten, Zoos etc. mit Anerkennung von qualifizierten Hygienekonzepten

Von der Landesregierung und der Kommune fordern wir:

- Ausstattung aller Schulformen mit der notwendigen digitalen Hard- und Software
- Ausstattung aller Schulen mit Belüftungssystemen
- Für alle Kinder und Jugendlichen in Familien mit niedrigem Einkommen Hard- und Software sowie weitere Lernmittel, die für die Nutzung der digitalen Bildungsangebote der Schulen notwendig sind, als einmalige Leistungen der Jobcenter
- Gezielte Förderung von Kindern und Jugendlichen, die zu Hause nicht ausreichend betreut und gefördert werden können, z.B. durch zusätzliche Betreuungsangebote